

NAMIBIA

Republik Namibia

Staatsoberhaupt und Regierungschef: Hage Geingob

Die Polizei ging weiterhin mit übermäßiger Gewalt gegen Demonstrierende vor. Ein Gesetz zur Cyberkriminalität drohte die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie Privatsphäre zu beschneiden. Die Frühverheiratung hielt an. Eine Umfrage ergab, dass die meisten Namibier glauben, dass geschlechtsspezifische Gewalt in ihren Gemeinschaften weit verbreitet ist. Das Parlament führte öffentliche Konsultationen über Petitionen zur Entkriminalisierung der Abtreibung durch. Die Rechte von LGBTI-Personen wurden beschnitten. Die Aktivitäten der Bergbauunternehmen drohten die Umwelt zu schädigen und die Rechte der indigenen Völker zu untergraben.

FREIHEIT DER MEINUNGSÄUSSERUNG

ÜBERMÄSSIGE GEWALTANWENDUNG

Am 13. Mai gingen namibische Polizeibeamte mit übermäßiger Gewalt gegen friedliche Protestierende in der Hauptstadt Windhoek vor. Lokale Händler protestierten, nachdem die Behörden gefälschte Waren, die bei den Händlern beschlagnahmt worden waren, vernichtet hatten. Die Polizei feuerte Tränengas und Gummigeschosse auf die Menge ab und verletzte die Demonstrierenden. Ein Journalist der Namibian Broadcasting Corporation wurde durch ein Gummigeschoss am Bein verletzt.

GESETZGEBUNG ZUR CYBERKRIMINALITÄT

Im Februar meldete das Institute for Public Policy Research Bedenken gegen das Gesetz über elektronische Transaktionen und Cyberkriminalität an, das im selben Monat im Parlament eingebracht wurde. Sollte es verabschiedet werden, könnte es die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Privatsphäre einschränken. Insbesondere wurden Bedenken hinsichtlich der Bestimmungen geäußert, die willkürliche geheime Durchsuchungsbefehle zulassen und dem Minister für Informations- und Kommunikationstechnologie übermäßige Befugnisse einräumen würden.

DIE RECHTE DER KINDER

Im März berichtete UNICEF, dass in Namibia 64.200 Mädchen und Frauen unter 18 Jahren verheiratet wurden, 15.500 von ihnen waren jünger als 15 Jahre. Nach Angaben von UNICEF gaben 38 % der in Namibia befragten frühverheirateten Frauen und Mädchen an, geschlechtsspezifische Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt, in der Ehe erlebt zu haben.

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT

Im März veröffentlichte das Forschungsnetzwerk Afrobarometer Umfrageergebnisse, aus denen hervorging, dass 57 % der Namibier der Meinung sind, dass geschlechtsspezifische Gewalt in ihren Gemeinden weit verbreitet ist. In einem im Dezember gemeldeten Fall wurde eine 32-jährige Frau von ihrem Intimpartner mit einer Axt getötet.

SEXUELLE UND REPRODUKTIVE RECHTE

Im Juni empfahl der CEDAW-Ausschuss der Regierung, das aus der Zeit vor der Unabhängigkeit stammende Gesetz über Abtreibung und Sterilisation (Nr. 2 aus dem Jahr 1975) zu ändern, um Abtreibung in allen Fällen zu entkriminalisieren, in der "Erkenntnis", dass eine solche Kriminalisierung "eine Form der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen ist". Im Oktober führte der ständige

Parlamentsausschuss für Gleichstellung, soziale Entwicklung und Familienangelegenheiten im Anschluss an Petitionen von Frauenrechtsorganisationen zur Entkriminalisierung bzw. Legalisierung der Abtreibung öffentliche Anhörungen im Hinblick auf eine Änderung des Gesetzes durch.

LGBTI - RECHTE DER MENSCHEN

Im Januar wies das Oberste Gericht von Namibia die Anträge von Ehepartnern namibischer Staatsbürger ab, die ihren Einwanderungsstatus auf der Grundlage von außerhalb des Landes geschlossenen gleichgeschlechtlichen Ehen zu regeln suchten. Das Gericht entschied, dass ihr Ehestatus nach namibischem Recht nicht anerkannt wird. Das Gericht drückte zwar sein Mitgefühl für die Situation der Paare aus, erklärte aber, dass es an ein früheres Urteil des Obersten Gerichtshofs gebunden sei.

UMWELTZERSTÖRUNG

Im Juli wies der Oberste Gerichtshof einen Eilantrag mehrerer Organisationen ab, in dem sie das Gericht ersuchten, das kanadische Bergbauunternehmen Reconnaissance Energy Namibia an der Fortsetzung seiner Explorationsaktivitäten in den Kavango-Regionen zu hindern.

Naturschutzaktivisten und -organisationen hatten die Ölbohrungen des Unternehmens seit 2020 angefochten. Indigene Völker und örtliche Gemeinschaften äußerten weiterhin ihre Besorgnis über das mögliche Absinken des Grundwasserspiegels und den Verlust wertvoller Wildtiere und wild wachsender Pflanzen als Folge der Arbeiten.